



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 22.09.2020
*öffentlich***

Ort: Stadthaus,Raum 116
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer	Ausschussvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme bis 16:30 Uhr
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ulrike Pilz	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertretung für Frau Dr. Hayne</i>

Entschuldigt fehlten:

Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung wurde von **Herrn Kramer**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer bat darum, den TOP 7.5 Jahresplanung 2020 vorzuziehen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Herr Kramer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.07.2020
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.5. Jahresplanung 2020
 - 7.1. Antragslage Förderung 2021 Förderbereich der „präventiven Jugendhilfe“
 - 7.2. Arbeitsstand JHP Teilplan §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII 2021ff.
 - 7.3. Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
 - 7.4. Arbeitsstand Geschäftsordnung AG 78
 - 7.6. Abfrage zur Aktivität während der Corona-Pandemie im Rahmen der Förderung der freien Jugendhilfe
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.07.2020

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 07.07.2020, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.5 Jahresplanung 2020

Herr Kramer bemerkte zur vorliegenden Jahresplanung 2020, dass an der Oktobersitzung folgende Mitglieder Herr Kramer, Frau Schmidt, Herr Döring, Herr Heinicke nicht teilnehmen können. Er regte einen Ausfall wegen fehlender Beteiligung dieser Sitzung an.

Frau Goy informierte, dass das Thema AG 78 unter TOP 7.4 vorgestellt wird und somit nicht mehr für Oktober relevant wäre. Eine Information zum Arbeitsstand wird im November erfolgen. Ein Ausfall der Sitzung wäre aus ihrer Sicht unproblematisch.

Herr Kramer bat um Abstimmung, ob die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung im Oktober 2020 ausfallen kann. Die Ausschussmitglieder stimmten einstimmig dafür.

Herr Kramer wies darauf hin, dass es aktuell keine Stellvertretung für den Vorsitzenden des Ausschusses Jugendhilfeplanung gibt. Er bat um eine Interessenbekundung der Stadträte*innen.

Frau Schmidt gab bekannt, dass sie für eine Wahl zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Verfügung stehen würde.

Herr Kramer teilte mit, dass diese Wahl für die Novembersitzung vorgesehen ist.

Durch **Herrn Kramer** wurde positiv hervorgehoben, dass für die heutige Tagesordnung bereits die Präsentationen im Session hinterlegt worden sind. Damit besteht die Möglichkeit sich im Vorhinein mit den Themen vertraut zu machen.

zu 7.1 Antragslage Förderung 2021 Förderbereich der „präventiven Jugendhilfe“

Die Information ist in Session hinterlegt.

Herr Kramer wies darauf hin, dass die Abgabefrist für diese Fördermittel bereits verstrichen ist und nur noch Nachfragen möglich sind.

Er machte darauf aufmerksam, dass die aktuelle Antragslage dargestellt ist. In der Januarsitzung 2020 des Unterausschusses Jugendhilfeplanung war dieses Thema bereits präsent.

zu 7.2 Arbeitsstand JHP Teilplan §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII 2021ff.

Frau Goy informierte anhand einer Präsentation über den Arbeitsstand JHP Teilplan §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII 2021ff

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Haupt regte an, Jugendliche die sich in den Einrichtungen befinden, mehr einzubeziehen.

Frau Goy teilte mit, dass mit dem Kinder- und Jugendbeauftragten Anfang des Jahres eine kurze Befragung in den Einrichtungen vereinbart wurde. Aufgrund der COVID-19-Pandemie fand dies nicht statt.

Herr Kramer sprach das Thema Kooperation an und sagte, dass im Stadtjugendring 21 Träger sind, die sich monatlich in wechselnden Einrichtungen treffen. Diese Träger besitzen unterschiedlichen Wissensstand gegenüber dem §11 und §13 SGB. Hier sollte innerhalb der Angebotspalette eine größere Vernetzung erfolgen. Er sagte, dass er die Präsentation dem Stadtjugendring zur Verfügung stellen wird.

Frau Haupt erkundigte sich, ob eine Art Workshop geplant sei.

Frau Goy antwortete, dass bis Ende des Jahres ein interner Entwurf beabsichtigt ist. Eine Art Workshop ist nicht mehr geplant.

zu 7.3 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA

Herr Weiske teilte mit, dass das Land jährlich bis zum 31.10. eine Planung zum FamBeFöG verlangt, indem die Schwerpunkte, wie Suchtberatung, Erziehungsberatung, Schwangerenberatung und Schuldnerberatung, dargestellt werden. Diese Beratungsstellen sollen kooperativ zusammenarbeiten. Mit den Beratungsstellen wurde eine Umsetzung des Gesetzes einer Trägervereinbarung abgeschlossen. Er sprach an, dass die Trägerversammlung durch die COVID-19-Pandemie erst jetzt nachgeholt werden konnte.

Herr Heinicke sagte, dass die Finanzierung nicht ausreichend ist. Das durchschnittliche Gehalt der Berater*in der Schwangerenberatungsstelle, wie es das Land vorsieht, stimmt mit der Realität nicht überein. Das Land sieht die Berater*in im Gehaltsbereich E, hier trifft aber der Bereich S im Tarifbereich Soziales, zu. Es muss betrachtet werden, welche Kenntnisse und Voraussetzungen die Mitarbeiter/-innen insbesondere in der Schwangerenkonfliktberatung aufweisen müssen. Die perspektivische Planung muss beachtet werden, wobei die Unterstützung der Stadt benötigt wird.

Herr Weiske ergänzte, dass seit Jahren sichtbar wird, dass die geflüchteten Familien einen Beratungsbedarf haben, vor allem im Schwangeren- und Konfliktberatungsbereich, hier

nehmen auch die Fallzahlen zu. Erschwerend sind die Sprachbarrieren, die Beratungsgespräche schwieriger machen.

Frau Pilz sprach an, dass es immer wieder Diskussionen zum Aufwuchs in den Jugend- und Familienberatungsstellen gibt. Sie fragte, ob sich das reflektiert.

Herr Weiske bejahte dies.

Herr Kramer wies auf das Prozedere des Teilplanes hin, der auf den Stadtrat zuläuft. Die Diskussion ist mit dem Beschluss dann abgeschlossen.

Frau Haupt fragte, ob dann diese eine Vollzeitstelle auch mit finanziert wird.

Herr Weiske verneinte dies. Das Land finanziert nach einem Pro-Kopf-Schlüssel.

Frau Pilz fragte, ob dies nur die Jugend- und Familienberatungsstellen betrifft oder auch die anderen Beratungsstellen.

Herr Weiske antwortete, dass dies nur die Erziehungsberatungsstellen betrifft. Bei den Schuldnerberatungsstellen wird auch ein Bedarf gesehen, hier ist es kompliziert, da die Beratungsschwerpunkte unterschiedlich sind.

Herr Kramer fragte, wann es dem Jugendhilfeausschuss vorliegt.

Herr Weiske antwortete, dass diese Beschlussvorlage im November vorliegen soll, momentan ist sie noch im internen Umlauf.

Frau Pilz wies auf die Antragsfrist 31. Oktober 2020 hin. Sie sagte, dass in der Trägerversammlung bereits ein Votum abgegeben wurde.

Herr Heinicke bemerkte, dass bald die Haushaltsdiskussionen beginnen, hierzu muss diese Planung hinterlegt werden.

Herr Kramer wies darauf hin, dass zuerst die Einbringung der Beschlussvorlage im November erfolgen muss.

zu 7.4 Arbeitsstand Geschäftsordnung AG 78

Frau Goy informierte über den Arbeitsstand zur Geschäftsordnung AG 78

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Goy teilte mit, dass noch ungeklärt ist, nach welchen Kriterien die Mitglieder der freien Träger benannt werden sollen.

Herr Kramer gab zur Kenntnis, dass er sich mit Herrn Döring bereits darüber verständigt hat. Es gibt Träger- und Vernetzungsstrukturen bei den freien Trägern, diese sollen sich einigen und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung würde das auf Vorschlag der Träger dann bestätigen.

Frau Goy fragte, wie sie sich den Ablauf vorstellen kann.

Herr Heinicke sagte, dass sich jeder aus einem Kita-Bereich an der Interessengemeinschaft freier Träger beteiligen kann. Die Sprecher bringen dort verschiedene Themen und Informationen aus dem Jugendhilfeausschuss ein. In dem Kreis werden Themen als Arbeitsauftrag oder Besprechungsauftrag an die Vertreter der IG Kita weitergegeben.

Frau Goy fragte, wie bestimmt werden kann, wer in die AG 78 geht.

Herr Heinicke sagte, dass eine Abstimmung dazu erfolgen wird.

Frau Manser teilte ihre Erfahrung aus verschiedenen Gesprächsrunden mit. Dort haben teilweise wenige Personen gesprochen und dadurch ist kein allgemeines Meinungsbild entstanden.

Herr Kramer erwiderte, dass Vorschläge der freien Träger an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung herangetragen werden sollen.

Herr Weiske wies auf die gesetzlich geregelte Geschäftsordnung in der AG 78 hin. Mit dieser Geschäftsordnung soll ein Arbeitsrahmen gegeben werden. Die Ausgestaltung ist Angelegenheit der AG 78.

Herr Kramer unterbreitete den Vorschlag, dass es eine Geschäftsordnung für alle AG's 78 geben soll.

Frau Goy teilte mit, dass sie die Hinweise und Anregungen prüft und an die freien Träger übermitteln wird.

Frau Manser befürwortete das Vorgehen.

zu 7.6 Abfrage zur Aktivität während der Corona-Pandemie im Rahmen der Förderung der freien Jugendhilfe

Die Abfrage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Kramer** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer